

„Ein Bürgerentscheid würde den Ort spalten“

GLH und Bündnis-Grüne erläutern erneut ablehnende Haltung gegenüber Umgehungsstraße – „Würde Verkehrsproblem nicht lösen“

Hirschberg. (zg/ans) „Wir wollen nicht, dass die Gemeinschaft die hohen ökologischen und ökonomischen Kosten dafür trägt, dass Autofahrer aus Leutershausen und Schriesheim schneller nach Weinheim kommen“, machen Grüne Liste Hirschberg (GLH) und der Ortsverband von Bündnis90/Die Grünen ihre ablehnende Position zu einer Randentlastungsstraße noch einmal deutlich. Denn eine solche Straße würde die Verkehrsprobleme in Großsachsen nicht lösen, schreiben sie in einer Pressemitteilung.

Sie würden die Verkehrsproblematik in Großsachsen nicht klein reden. Aber: Eine Umgehung würde nur punktuelle Verbesserungen zu Stoßzeiten entlang der B 3, aber keine dauerhafte Entlastung für Großsachsen bringen, sind die Grünen überzeugt. Dem zeitweilig verminderten Verkehr in der Ortsdurchfahrt Großsachsen stünde zudem erheblicher Verkehr am Ortsrand gegenüber. Zusätzliche Straßen würden nachweislich mehr Verkehr erzeugen, argumentieren die Grünen: „Experten zufolge ist der Entlastungseffekt von Straßenneubauten nach circa ein bis drei Jahren verpufft.“

Zu befürchten sei sogar eine Zunahme des regionalen Schwerlastverkehrs. Man sollte sich bewusst machen, finden die Grünen: „Eine Umfahrung Großsachsens macht den Verkehr nicht weniger, sondern nur schneller und damit für Pkw und Lkw attraktiver.“ Der Bau der Umgehung würde eine tiefgreifende Veränderung für Großsachsen bedeuten – „und zwar zum Negativen“. Ohne aufwändigen Lärmschutz würde die Lärmbelastung im Ort, insbesondere in den Hanglagen und im Sterzwinkel, durch eine weitere Straße erheblich zunehmen, sind die Grünen überzeugt.

Lobdengastraße und Riedweg würden mit mehr Verkehr belastet, wenn sie zu Erschließungs- und somit Durchgangsstraßen ausgebaut würden. Vor allem für den Riedweg mit Ärztehaus, Kita und Seniorenzentrum wäre das aus Sicht der Grünen fatal. Zudem würde der Straßenbau viel Boden versiegeln und landwirtschaftliche Flächen zerstören. Der Zugang zu Großsachsens Naherholungsgebiet mit Feldern, Landgraben, Villa

Rustica oder den Aussiedlerhöfen würde zerschnitten, warnen die Straßengegner. Ihrer Meinung nach würde die Frage des ökologischen Ausgleichs für dieses Projekt die Gemeinde vor eine weitere immense Herausforderung stellen.

„Doch selbst wer bereit wäre, den ökologischen Preis zu zahlen, muss spätestens bei der Frage nach der finanziellen Belastung für den kommunalen Haushalt zu dem Fazit kommen, dass sich Hirschberg dieses unwägbara Millionenprojekt nicht leisten kann“, finden die Grünen. Die Gesamtausgaben seien derzeit gar nicht abschätzbar.

Klar ist dagegen aus Sicht der Straßengegner: „Viele andere wichtigere und notwendige Projekte würden in der Zukunft dadurch unmöglich.“ Und die Folgekosten würden noch nachfolgende Generationen belasten.

Umweltprobleme wie Klimawandel und Artensterben hätten sich stark zuspitzt, die Reduzierung des Flächenverbrauchs sei inzwischen übereinstimmendes Ziel von Bundes- wie Landes-

politik. Die Bevölkerung fordere eine Verkehrswende, das Arbeitsleben mache Homeoffice mehr und mehr zur Regel. „Man muss sich deshalb die Frage stellen, ob ein solcher Straßenbau noch in diese Zeit, vor allem in die Zukunft passt“, finden die Grünen.

Sie erläutern in der Pressemitteilung auch noch mal ihre ablehnende Haltung zu einem Bürgerentscheid in diesem Fall. „Wir leben in einer repräsentativen Demokratie, der Gemeinderat wird dafür gewählt, solche Entscheidungen zu treffen.“ Und er sollte sich nicht hinter einem Bürgerentscheid verstecken, wenn es um unliebsame Entscheidungen gehe. Wenn der Gemeinderat sehe, dass ein Projekt die Gemeinde finanziell überfordern werde, dürfe man es der Bürgerschaft nicht zur Wahl für eine mögliche Realisierung stellen, finden die Grünen. Sie sind zudem überzeugt: „Ein Bürgerentscheid – unabhängig vom Ausgang – würde den Ort wieder spalten, da die beiden Ortsteile sehr unterschiedlich betroffen sind.“ Deshalb sei die Entscheidung des Gemeinderats klug gewesen, nun keinen Bürgerentscheid zu initiieren.

„Entscheidung
des Rats war klug“
